



FACT SHEET IRAN

3. - 25. Oktober 2025

AUSBLICK

Die politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen im und um Iran herum beschleunigen sich. Während die Zukunft des Atomdossiers und die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) weiter ungewiss bleiben, steht Teheran vor der Frage, ob es eine strategische Neuausrichtung verfolgt oder bestehende Politikmuster lediglich in neuer Form fortsetzt. Auch wenn die direkte Konfrontation mit Israel derzeit abgeflaut ist, sendet die militärische Führung regelmäßig deutliche Signale strategischer Bereitschaft und Abschreckung. Parallel dazu verstärken regionale Dynamiken im Nahen Osten, im Kaspischen Raum und im Südkaukasus den außenpolitischen Druck auf Iran. Gleichzeitig zeigen Ereignisse in den Grenzprovinzen – insbesondere in Sistan-Belutschistan – die fortbestehende innenpolitische Verwundbarkeit des Staates: Allein seit Anfang September kamen dort mindestens acht Angehörige der Sicherheitskräfte bei Anschlägen und bewaffneten Angriffen ums Leben. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass neben großen geopolitischen Fragen ungelöste strukturelle Konflikte im Inneren bestehen, die zunehmend sicherheitspolitische Bedeutung gewinnen.

AUSSENPOLITIK

Der iranische Außenminister Abbas Araghchi erklärte am 5. Oktober, das im September in Kairo unterzeichnete Kooperationsabkommen mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) sei „unter den neuen Bedingungen nicht mehr gültig“. Die Erklärung erfolgte nach der Reaktivierung des Snapback-Mechanismus durch die E3 (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) und der damit verbundenen Wiedereinsetzung früherer UN-Sanktionen. Das Kairo-Abkommen sollte ursprünglich die Zusammenarbeit nach der Aussetzung von IAEA-Inspektionen wiederherstellen.

Iran lehnte die Teilnahme am Gaza-Friedensgipfel in Scharm al-Scheich am 12. Oktober ab. Araghchi erklärte, Teheran sei grundsätzlich zu Diplomatie bereit, verweigere jedoch Gespräche „mit Staaten, die das iranische Volk angegriffen haben und weiterhin bedrohen und sanktionieren“. Iran unterstütze aber „jede Initiative, die den Krieg in Gaza beendet und den Abzug der Besatzungstruppen gewährleistet“. Das Außenministerium betonte in

einer ergänzenden Erklärung, Iran werde weiterhin politische und diplomatische Bemühungen zugunsten der palästinensischen Selbstbestimmung unterstützen. Das Treffen zwischen Ali Larijani und Wladimir Putin am 16. Oktober in Moskau erfolgte vor dem Hintergrund intensiver strategischer Abstimmung zwischen beiden Staaten. Allein 2025 kam es bereits zu mehreren hochrangigen Kontakten; Larijani selbst traf Putin bereits im Juli – noch vor seiner Ernennung zum Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates. Das Treffen fand unmittelbar nach der Wiedereinsetzung der UN-Sanktionen statt. Kurz zuvor erklärte Außenminister Sergej Lawrow, Russland werde die „militärisch-technische Zusammenarbeit mit Iran ohne Einschränkungen fortsetzen“. Parallel reiste der russische Syrien-Sondergesandte nach Teheran – kurz nach Putins Treffen mit Ahmad al-Shara’ –, was auf eine engere Abstimmung im Syrien-Dossier hindeutet.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

In Teheran formiert sich mit der „Partei der Modernen Islamischen Zivilisation“ eine neue neokonservative Strömung innerhalb des Systems. Seit ihrer ersten Generalversammlung am 15. Oktober steht sie im Zentrum innenpolitischer Debatten und wird von reformorientierten wie konservativen Medien als „abweichlerisch“ und „radikal“ kritisiert. Zu den Hauptakteuren zählen Yasser Jebraeili (politökonomischer Analyst, ehemals Schlichtungsrat 2019–2024) und Hossein Samsami (Ökonom, Ex-Interims-Finanzminister, Parlamentsabgeordneter). Unterstützung erhält die Partei von Ali Reza Panahian, ideologischem Akteur aus dem Umfeld des Obersten Führers und Mitbegründer des Netzwerks „Ammar Headquarters“. Sie präsentiert sich als systemloyale Opposition, die den politischen und wirtschaftlichen Kurs der Islamischen Republik „nach 47 Jahren neu ausrichten“ wolle, und bereitet sich strategisch auf die kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor. Politisch wendet sie sich gegen außenpolitische Öffnung sowie gesellschaftliche Reformen – insbesondere gegen jede Liberalisierung der Hijab-Politik – und fordert eine Rückkehr zu ideologischer Strenge, wirtschaftlichem Etatismus und antiwestlicher Konfrontation.



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT

UNSER HEER

VOLKSGRUPPEN

Präsident Masoud Pezeshkian, der bei der Wahl 2024 besonders in sunnitisch geprägten Regionen wie Sistan-Belutschistan und Khorasan-e Razavi Unterstützung erhielt, setzt seine angekündigte Politik begrenzter Integration religiöser Minderheiten punktuell um. Am 7. Oktober 2025 wurde Jalil Rahimi Jahanabadi, sunnitischer Politiker aus Torbat-e Jam und ehemaliges Parlamentsmitglied, zum iranischen Botschafter in Bangladesch ernannt – dem ersten sunnitischen Botschafter seiner Regierung. Unter Pezeshkian erhielt bislang lediglich Abdolkarim Hosseinzadeh (Naqadeh) einen weiteren Regierungsposten als Vizepräsident für ländliche Entwicklung und benachteiligte Regionen (seit November 2024). Ähnliche symbolische Schritte gab es im Bildungsbereich mit der Ernennung von Abd al-Shakour Rasuli zum Leiter der Medizinischen Fakultät von Torbat-e Jam. Bereits unter Hassan Rouhani gab es begrenzte Öffnungen: Saleh Adibi (Botschafter in Thailand und Kambodscha) und Homeira Rigi (Botschafterin in Brunei) waren die ersten sunnitischen Diplomaten; Emad Hosseini war einziger sunnitischer stellvertretender Minister. Trotz dieser Maßnahmen bleibt die strukturelle politische Teilhabe sunnitischer Iraner eingeschränkt, insbesondere durch ihren anhaltenden Ausschluss aus Schlüsselbereichen wie Sicherheitsapparat, Justiz und strategischen Ministerien.

Die sicherheitspolitische Lage in den von Minderheiten bewohnten Grenzregionen Irans bleibt angespannt. In Kurdistan wurden bei einem Angriff in Sarvabad zwei IRGC-Angehörige getötet und drei verletzt. In Sistan und Belutschistan setzte sich die Gewalt fort: Am 12. Oktober wurde Oberst Gholamreza Jamshidi von der Anti-Drogen-Polizei auf der Route Nehbandan-Zabol erschossen; kurz zuvor griffen unbekannte Bewaffnete zivile Ingenieure des strategischen Wassertransferprojekts Chabahar-Mashhad an. Offizielle Stellen machen „feindliche Netzwerke“ verantwortlich. Parallel dazu verschärfte der Staat sein Vorgehen in Khuzestan: Am 4. Oktober wurden sechs arabische politische Gefangene wegen angeblicher Mitgliedschaft in Harakat al-Nidal hingerichtet. Darüber hinaus verurteilte ein Revolutionsgericht in Teheran drei weitere Angeklagte wegen angeblicher Zugehörigkeit zu ISIS zum Tode. Die Fälle verstärken die Wahrnehmung in sunnitisch geprägten Regionen, dass Terrorismusvorwürfe zunehmend zur Legitimation harter sicherheitspolitischer Maßnahmen eingesetzt werden.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Nach der Wiedereinsetzung der UN-Sanktionen im Rahmen des Snapback-Mechanismus am 27. September betonte die iranische Militärführung ihre fortgesetzte Aufrüstungspolitik. Generalmajor Abdolrahim Mousavi, Oberbefehlshaber der iranischen Armee, bei einem Treffen mit Generalmajor Mohammad Pakpour, dem Kommandanten der Revolutionsgarde, dass „Modernisierung und Stärkung der Verteidigungskapä-

zitäten des Landes konsequent voranschreiten“ und Iran sei „auf jede Bedrohung vorbereitet“. Parallel dazu stärkt Teheran seine sicherheitspolitische Position im Kaspischen Raum: Am 8. Oktober unterzeichneten Iran, Russland, Aserbaidschan und Kasachstan in Sankt Petersburg ein Abkommen zur strategischen Marinekooperation, das die Einflussnahme „außerregionaler Mächte“ im Kaspischen Meer ausdrücklich ausschließt. Von iranischer Seite nahm der Oberbefehlshaber der Marine, Admiral Shahram Irani teil; Turkmenistan blieb dem Treffen fern – ein Schritt, der mit der traditionell neutralen Außenpolitik Aschgabats interpretiert wird. Offiziell wurde das Fernbleiben jedoch nicht erläutert. Der Kaspische Raum entwickelt sich zunehmend zu einem geopolitischen Konkurrenzfeld. Während regionale Transitprojekte wie der Mittelkorridor, der Nord-Süd-Transportkorridor (INSTC) und die Digital Silk Way Initiative vor allem Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan stärken, sehen Iran und Russland darin – insbesondere im Zusammenhang mit dem Zangezur-Korridor – eine strategische Herausforderung. Die vertiefte militärische Kooperation Teherans mit Moskau ist vor diesem Hintergrund als Gegenbalance zu wachsenden türkischen und westlichen Einflussphären im Südkaukasus und Kaspischen Raum zu verstehen.

ANALYSE

Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Signale Teherans zeigen eine fortgesetzte Militarisierung der politischen Kommunikation. In den vergangenen Wochen betonten Vertreter von Revolutionsgarde und Armee wiederholt, Iran sei „für jede Bedrohung vorbereitet“ und werde „entschlossen reagieren“. Diese Botschaften dienen nach der Reaktivierung der Snapback-Sanktionen sowohl der Abschreckung nach außen als auch der inneren Stabilisierung. Gleichzeitig vermeidet Teheran bislang eine direkte Eskalation und hält diplomatische Optionen – vor allem Richtung Moskau, Peking und ausgewählte Regionalakteure – offen. Innenpolitisch halten die Konfliktdynamiken in den Peripherieprovinzen an. In Kurdistan, Khuzestan und Sistan-Belutschistan greifen sicherheitspolitische Maßnahmen, sozioökonomische Marginalisierung und politisches Misstrauen weiterhin ineinander. Trotz punktueller Integrationssignale bleibt das Verhältnis zwischen Staat und Minderheiten konfrontativ. Parallel verschärft sich der innerelitäre Machtwettbewerb: Reformkräfte, traditionelle Konservative und neue neokonservative Strömungen verfolgen zunehmend divergierende außen- und innenpolitische Ansätze. Dies deutet auf eine wachsende ideologische Fragmentierung innerhalb des Systems hin – bei gleichzeitiger Reorganisation der Macht innerhalb der bestehenden Strukturen.

Impressum:

Medieninhaber und Hersteller: Republik Österreich, Bundesministerium für Landesverteidigung, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/ IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Herausgegeben im Oktober 2025
Druck: Reproz W



www.facebook.com/lvak.ifk